

Interfraktionelle Motion GB/JA!/GPB, GFL/EVP (Martina Dvoracek, GB / Barbara Streit-Stettler, EVP / Ueli Stückelberger, GFL) vom 13. November 2003: Einführung von jährlich vier autofreien Sonntagen in der Stadt Bern; Rückkommen: Ablehnung der Punkte 2 und 3

In der Stadtratssitzung vom 12. August 2004 wurde folgende Interfraktionelle Motion erheblich erklärt:

Am 18. Mai 2003 hat die Stadtberner Bevölkerung die nationale „Sonntags-Initiative“ mit 53,8% angenommen. In seiner Antwort auf die Interpellation Dvoracek „Berner Bevölkerung sagt Ja zu den vier autofreien Sonntagen. Wann kommen sie?“ gibt der Gemeinderat denn auch seiner Freude über das Ergebnis Ausdruck und sieht sich in seiner Strategie der nachhaltigen Entwicklung von der Bevölkerung bestätigt.

Sowohl autofreie Sonntage als auch der europaweite Aktionstag „In die Stadt – ohne mein Auto“, der jeweils am 22. September stattfindet, tragen mittelfristig dazu bei, dass die Bevölkerung sich mit der eigenen Mobilitätsform auseinandersetzt und vermehrt umweltfreundliche Verkehrsträger nutzt. Touristische, gesundheitliche, erlebnispädagogische und gesellschaftliche Aspekte sind weitere Vorteile, die für die Einführung von autofreien Sonntagen sprechen. Im Vergleich zu anderen Gemeinden verfügt die Stadt Bern über überdurchschnittlich viele Gemeindestrassen, so dass für Sperrungen von Strassen weniger Bewilligungen bei übergeordneten Stellen eingeholt werden müssen.

Um die vier autofreien Sonntage jährlich in der Stadt Bern umzusetzen, beauftragen die Motionärinnen und Motionäre den Gemeinderat:

1. abzuklären, welche Strassen in der Stadt Bern gesperrt werden können, ohne übergeordnetes Recht zu verletzen und die allenfalls nötigen Bewilligungen einzuholen;
2. dem Stadtrat eine Vorlage vorzulegen, in der die Einführung von vier autofreien Sonntagen einen pro Jahreszeit – in der Stadt Bern geregelt ist;
3. dem Stadtrat einen Kreditantrag für die mit den Verkehrssperrungen zusammenhängenden Kosten im Rahmen des Budgets zu unterbreiten.

Bern, 13. November 2003

Interfraktionelle Motion GB/JA!/GPB, GFL/EVP (Martina Dvoracek, GB/Barbara Streit-Stettler, EVP/Ueli Stückelberger, GFL), Doris Schneider, Catherine Weber, Michael Jordi, Natalie Imboden, Simon Röthlisberger, Daniele Jenni, Michael Staub, Anna Coninx, Conradin Conzetti, Peter Künzler

Bericht des Gemeinderats

Der Stadtrat hat am 12. August 2004 die Interfraktionelle Motion GB/JA!/GPB, GFL/EVP erheblich erklärt. An seiner Sitzung vom 24. Mai 2007 hat er Punkt 1 der interfraktionellen Motion abgeschrieben und für die Punkte 2 und 3 einer Fristverlängerung bis Ende 2008 zugestimmt.

Der Aktionstag „Bernbewegt“ hat gezeigt, dass die Bevölkerung auch ohne Verkehrssperrungen gut und nachhaltig für Mobilitätsanliegen sensibilisiert werden kann. Überdies hat seit 2004 in der Automobilindustrie ein Umdenken stattgefunden, das mit der Finanzkrise verstärkt werden dürfte. Alternative Antriebsformen werden in grösserem Umfang produziert, Automobilhersteller mit modernen und umweltfreundlichen Antriebstechnologien gewinnen Marktanteile hinzu und einzelne Staaten (z.B. Israel und Dänemark) fördern gezielt den Aufbau einer CO2-freundlichen Stromtankstelleninfrastruktur.

Aufgrund dieser Erfahrungen und Entwicklungen sowie aufgrund der hohen finanziellen und personellen Aufwendungen, die die Durchführung von 4 autofreien Sonntagen verursachen würde, beantragt der Gemeinderat ein Rückkommen auf den Stadtratsentscheid und die Ablehnung der Punkte 2 und 3 der Motion.

Zu Punkt 2:

Der 22. September (*bernbewegt*) wurde neu lanciert. Bis vor 3 Jahren wurden am 22. September jeweils Strassenabschnitte in der Stadt Bern gesperrt. Der Anlass wirkte polarisierend, weil für die Automobilistinnen und Automobilisten nicht offensichtlich war, weshalb die Strassenabschnitte gesperrt wurden. Das Verständnis für diese Aktion war denn auch klein. Aus diesem Grund wurde der 22. September reorganisiert. Heute zeigt dieser Anlass Lösungsansätze für eine umweltfreundlichere Mobilität für die Bevölkerung der Stadt Bern auf. Die Leute können Alternativen ausprobieren und sie nutzen die Möglichkeit, sich mit den Fragen der Mobilität auseinander zu setzen.

Der Stadtrat verlangt mit der Interfraktionellen Motion, dass vier autofreie Sonntage in der Stadt Bern eingeführt werden sollen. Der Gemeinderat ist der Ansicht, dass solche Anlässe als Sensibilisierungsmassnahme einen gewissen Sinn machen können. Es braucht jedoch eine wichtige Voraussetzung. Der Gemeinderat will nicht einfach Teile der Stadt Bern für den motorisierten Individualverkehr sperren. Die gesperrten Strassen sollten auch für verschiedene Aktivitäten rund um Mobilitätsfragen und Unterhaltung genutzt werden.

Dieser Ansatz ist indes mit einem erheblichen Aufwand bezüglich Organisation und Finanzierung verbunden. Der Gemeinderat hat dem Stadtrat die Zusammenstellung der Kosten für verschiedene Varianten der Verkehrssperrungen für die Sitzung vom 24. Mai 2007 bereits vorgelegt.

a)

- a) Sperrung Aarebogen: Pro Anlass: Fr. 64 167.00
- b) Sperrung Innenstadt: Pro Anlass: Fr. 29 300.00
- c) Sperrung Loeb bis Bärengraben: Pro Anlass: Fr. 15 000.00
- d) Totalsperre Stadt: Pro Anlass: Fr. 170 700.00

In dieser Kostenzusammenstellung ist alleine die Sperrung und die Durchführung der Sperrungen berechnet worden. Ergänzende Aktivitäten der Stadt sind hier nicht aufgeführt. Diese kämen zu diesen Kosten noch hinzu. Pro Anlass würde dies je nach Ausgestaltung des Rahmenprogramms rund Fr. 200 000.00 bis 1 Mio. Franken ausmachen.

Die Stadt weist nach wie vor einen Bilanzfehlbetrag von 99,3 Mio. Franken und im IAFP 2010 - 2013 für das Jahr 2011 ein prognostiziertes Defizit von 17,1 Mio. Franken aus. Es ist noch ungewiss, wie stark sich die Rezession auf die Stadtfinanzen auswirken wird. Unter diesen Voraussetzungen ist der Handlungsspielraum sehr beschränkt für neue und wiederkehrende

Ausgaben, welche die Umsetzung dieser Motion beanspruchen würden. Den hohen Kosten steht ein vergleichbar kleiner Nutzen gegenüber.

In Genf findet seit 1993 der Quartierfestzyklus „ La Ville est à vous“ statt. In acht Quartieren findet an einem Wochenende ein Quartierfest statt, welches einerseits lokaler Flohmarkt ist und bei dem andererseits die zentralen Quartierstrassen gesperrt werden. Die Quartierfeste werden durch eine städtische Informationskampagne begleitet und organisatorisch und finanziell unterstützt. Verantwortlich für das Fest sind die Quartierorganisationen selber. Die Stadt Genf trägt pro Anlass die Kosten von rund Fr. 150 000.00.

Auch in Bern gibt es die Quartierorganisationen. Sie organisieren verschiedenste Anlässe zur Belebung der einzelnen Quartiere. Viel freiwilliges Engagement der Quartierbevölkerung wird dazu eingesetzt. Es gibt Hol- und Bring-Tage, Umwelttage, Abfalltage etc. Der Gemeinderat schätzt dieses Engagement sehr.

Im Rahmen der Lokalen Agenda 21 wurde anlässlich des Umweltforums 2008 die Grundlage für ein städtisches Umweltnetzwerk definiert. Ziel des Netzwerks ist es, das freiwillige Engagement der Quartierorganisationen und anderen Institutionen besser zu koordinieren. Einzelne wenige, gut koordinierte Anlässe bringen mehr Befriedigung für die Freiwilligen, mehr Präsenz von Besucherinnen und Besuchern und somit mehr Wirkung für die Stadt Bern als viele autonome kleinere Anlässe. Das Umweltnetzwerk ist im Jahr 2009 damit beschäftigt, die zukünftigen Schwerpunkte für das freiwillige Engagement auszuarbeiten. Ein Entscheid, ein jährliches Quartierfest durchzuführen, würde diesen iterativen Prozess mit den Quartierorganisationen stark erschweren.

Aus diesen Gründen beantragt der Gemeinderat dem Stadtrat ein Rückkommen auf seine Entscheide vom 12. August 2004 und 24. Mai 2007 und die Ablehnung der Punkte 2 und 3 der vorliegenden Motion.

Zu Punkt 3:

Da der Gemeinderat dem Stadtrat ein Rückkommen auf seine Entscheide vom 12. August 2004 und 24. Mai 2007 und eine Ablehnung von Punkt 2 der vorliegenden Motion beantragt, unterbreitet er dem Stadtrat keinen Kreditantrag.

Folgen für das Personal und die Finanzen

Eine sinnvolle Umsetzung der Motion würde wiederkehrende Kosten von mehreren hunderttausend Franken bis zu einer Million Franken verursachen.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, auf seinen Entscheid vom 12. August 2004 zurückzukommen und die Punkte 2 und 3 abzulehnen.

Bern, 1. Juli 2009

Der Gemeinderat